

Deutsch-Chinesische Nachrichten

Deutsche Tageszeitung

德華日報

Eingetragen als Zeitung auf dem Chines. Postamt.

中華郵政特准掛號立券之報紙

6. Jahrgang

Tientsin, Sonntag, den 17. März 1935.

Nummer 1368

Frankreich verstärkt seine Rüstungen

Französische Abgeordnetenkammer beschliesst Verlängerung der Dienstzeit

Paris, den 16. März (Havas). Nach einer langen Debatte, welche bis spät in die Nacht dauerte, stimmte die Abgeordnetenkammer kurz nach Mitternacht über die Vertrauensfrage ab. Die Abstimmung ergab 354 Stimmen für und 210 gegen die Regierungsvorlage, welche die allmähliche Verlängerung der Militärdienstzeit auf zwei Jahre vorsieht. Flandin wies auf die Notwendigkeit hin, der niedrigen Rekrutanzahl der nächsten Jahresklassen, welche während des Krieges geboren sind, zu begegnen, und gleichzeitig auf das deutsche Aufrüstungsproblem.

Nach Erstminister Flandin sprach Oberst Fabry, der Vorsitzende des Armeeausschusses der Kammer, um den sozialistischen Angriffen zu begegnen. Er wiederholte die Erklärung des Erstministers dahin, dass die vorgeschlagenen Massnahmen durch die deutsche Aufrüstung gerechtfertigt seien. Nachdem er gezeigt hatte, dass die deutsche Armee der französischen im Jahre 1936 zahlenmässig überlegen sein wird, und dass die Kriegsindustrie in Deutschland einen Aufschwung erlebte, deren Beschäftigte von 100.000 auf 400.000 angestiegen sei, erklärte er, dass die deutsche Zivil-Luftfahrt militarisiert werde.

Der Sprecher verurteilte dann scharf den verabscheuungswürdigen Feldzug zur Demoralisierung der Armee und warnte, dass die rote Armee in Russland von 600.000 auf 949.000 Mann verstärkt sei.

„Ich kann mich nicht zufrieden geben mit einfachen ministeriellen Erklärungen.“ Ich bin ein glühender Anhänger des Friedens, aber ich fordere Sicherheit für mein Land.“

Vor Fabrys Rede erfolgte eine Intervention des Führers der französischen Gruppe der 2. Internationale, Leon Blum, der im Namen seiner Gruppe den Vorschlägen zur Verlängerung der militärischen Dienstzeit entgegentrat, und stattdessen den Erlass eines höchsten Aufrufes an die ganze Welt empfahl. „Das Ziel der zweijährigen Dienstzeit“, sagte Blum, „ist die Verbesserung der Qualität der Armee in Vorbereitung grosser napoleonischer Pläne für eine Offensive wie 1813 und 1914.“

Sozialistische Opposition gegen Verlängerung der Militärzeit in Frankreich

Paris, den 15. März (Transocean C.N.) Die stärkste Opposition gegen die Kabinetts-Vorschläge über die Militärzeit kam von sozialistischer Seite, welche daran erinnerte, dass die Regierung die Ausgabe von sieben Milliarden Francs für die Grenzbefestigungen damit gerechtfertigt habe, dass dadurch die Notwendigkeit einer Verlängerung der militärischen Dienstzeit vermieden würde. Jetzt brächte sie einen Gesetzesvorschlag ein mit der Begründung, er sei notwendig, um genügend Truppen für die Bemanning der Befestigungen zu schaffen. Der Sprecher wies darauf hin, dass die Knappheit an Rekruten nicht 50 %, sondern höch-

stens 25 % betrage, und er schloss mit der Erklärung, dass der Generalstab, wie im Jahre 1913 eine Mappe heroischer Angriffspläne und die Schaffung einer beruflichen Armee mit langfristiger Dienstzeit innerhalb der aus ein oder zweijährigen Rekruten gebildeten Armee vorbereite.

Genf, den 15. März (Transocean C.N.) Im Zweifel über den Erfolg der eigenen Bemühungen um die Lösung des Chakoproblems hat der Völkerbunds Beraterausschuss für den Chakokonflikt am Freitag die Empfehlung des Vorbereitenden Ausschusses angenommen, dass der Völkerbundsrat ersucht werden solle, zum Mai eine ausserordentliche Völkerbundssitzung einzuberufen, in welcher diese Angelegenheit behandelt werden soll.

Französische Aufrüstung wird mit Scharfmacherei gegen Deutschland begründet

Paris, den 15. März (Havas) Die Abgeordnetenkammer wird ihre Debatte über die Vorschläge der Regierung über die Verlängerung der Militär-Dienstzeit heute beginnen. Man erwartet, dass Flandin eine Mehrheit von 330-460 Stimmen in dem Vertrauensvotum erhalten wird, wogegen etwa 160-200 Stimmen dagegen abgegeben werden. So schätzt man wenigstens in den Vorhallen der Kammer, wo behauptet wird, dass die Regierungsmehrheit etwas reduziert werden könnte, weil eine Anzahl Radikalsocialisten sich der Stimme enthalten werden, während einige Freunde des Kabinetts auf dem rechten Flügel sich der gestaffelten Erhöhung der Militärdienstzeit widersetzen und aus prinzipiellen Gründen auf der zweijährigen Dienstzeit bestehen.

Die Debatte wird nach der Erklärung Flandins über die Frage der militärischen Tüchtigkeit beginnen. Ehe der Erstminister die Vertrauensfrage an die Kammer stellt, wird er Frankreichs Stellung gegenüber der geringen Rekrutierung in den kommenden Jahren infolge des Geburtenausfalls während des Krieges erörtern. Er wird dann die deutsche Aufrüstung mit besonderer Berücksichtigung der vor einigen Tagen erfolgten amtlichen Ankündigung der Organisation einer deutschen Luftwehr zum 1. April in formeller Verletzung des Versailler Vertrages zur Sprache bringen. Diese Frage bedarf ernster Beachtung seitens Frankreichs, wie sie in England gefunden hat. Mehrere Abgeordnete werden nach Flandin das Wort ergreifen, sechs von ihnen, um die Regierung zu interpellieren. Die Debatte wird es den Anhängern der verschiedenen Parteien ermöglichen, ihre Ansichten über die nationale Verteidigung zu bekennen und entscheidende Stellung zu der allmählichen Wiedereinführung der zweijährigen Militärdienstzeit zu nehmen.

Es wird daran erinnert, dass es der Regierung durch ihren Plan ermöglicht wird, die im April 1935 eingezogenen Rekruten für 6 Monate und die im Oktober eingezogenen für ein Jahr über die gesetzliche Dienstzeit hinaus unter den Fahnen zu halten. Man erwartet dass die Opposition der Kommunisten und der französischen Abteilung der 2. Internationale besonders heftig sein wird.

Landeskirchen. Danach bilden der für kirchliche Angelegenheiten zuständige Minister, der evangelische Oberkirchenrat, die Landeskirchenämter sowie die evangelischen Konsistorien je eine Finanzabteilung, welche die Ausgaben der allgemeinen kirchlichen Verwaltung bestimmen, und die Einhaltung des festgesetzten Haushaltsplanes sowie die Umlage für Kirchensteuern überwachen. Diese üben auch die kirchliche Aufsicht über die Vermögens- und Kirchenverwaltungen der Kirchengemeinden und kirchlichen Verbände aus. Falls ein Beschluss der zuständigen kirchlichen Organe nicht zustandekommt, sind sie befugt, deren Rechte auszuüben.

Bürckel berät mit seinen Gemeinderäten

Saarbrücken, den 15. März (Transocean C.N.) Die erste Sitzung der neuen Regierung mit den Gemeinderäten unter dem Vorsitz des Reichsstatthalters fand gestern hier statt. In derselben wurden die leitenden Prinzipien der Wirtschaftspolitik des Reichskommissars für die Rückgliederung des Saarlandes in das Reich bekannt gegeben. Die Gemeinderäte sind verpflichtet, den Reichskommissar und die Regierung über die Wünsche und Bedürfnisse des Volkes in dem unter ihrer Rechtsprechung stehenden Gebiete zu unterrichten.

Ostasien - Telegramme

Friedhöfe müssen in Ortschaften angelegt werden

Chungking, den 15. März (Central News) General Chiang Kai-shek, der Vorsitzende des Ausschusses für militärische Angelegenheiten, hat kürzlich einen Befehl in Umlauf gesetzt an die verschiedenen Provinzial- und Munizipalbehörden mit der Anordnung, in den Vororten der Städte öffentliche Friedhöfe einzurichten, und zwar bis zum Ende dieses Jahres.

In dem Befehl heisst es, dass Gräber, die zu dem festgesetzten Termin nicht zu diesen öffentlichen Friedhöfen überführt worden seien, mit einer jährlichen Landsteuer von \$ 1,00 bis \$ 10,00 belegt werden, und dass die Einkünfte aus dieser Steuer für Erziehung wecke verwendet werden sollen.

Weiter erklärt der Befehl, dass besondere Inspektoren von dem Hauptquartier des Generalissimus ausgesandt werden sollen, um zu Beginn des kommenden Jahres in den verschiedenen Provinzen und Gemeinden zu untersuchen, ob dieser Befehl ordentlich ausgeführt worden ist. Im Verhelfungsfalle werden der Magistratsbeamte resp. der Bürgermeister verantwortlich gehalten.

Adjutant des japanischen Kaisers in Tientsin.

Tientsin, den 15. März (Central News) Oberst Yasuhide Ishida, der Adjutant des Kaisers von Japan, traf gestern Nachmittag aus Tangkou hier ein. Er wurde am Bahnhof empfangen von Generalleutnant Yoshiji Umezu, dem Kommandeur der japanischen Truppen in Nordchina, und anderen prominenten japanischen Residenten.

Es verlautet, dass der Zweck des Besuchs Oberst Ishidas die Ueberbringung von Nachrichten des Kaisers an die hiesige japanische Garnison und die Verteilung kaiserlicher Gaben an die hiesigen Truppen sein soll.

Tao Shang-min ist in Tientsin.

Tientsin den 15. März, (Central News) Herr Tao Shang-min, der Spezial-Verwalter des Luanchow-Shanhaikuan Gebiets, traf heute Nachmittag hier aus Peiping ein. Er wird hier weiter mit Herrn Yin Yu-keng, dem Spezial-Verwalter des Chihhsien-Miyun Gebiets, und anderen chinesischen Behörden über die Probleme der demilitarisierten Zone verhandeln. Herr Tao fährt in ein oder zwei Tagen nach Tangshan weiter.

Oberst Takahashi nach Tientsin zurückgekehrt.

Tientsin, den 16. März (Central News) Oberstleutnant Takahashi, der japanische Militärattache, traf hier heute Morgen aus Changchun ein, wo er von den japanischen Militärbehörden Instruktionen betreffs der Regelung der Probleme in der demilitarisierten Zone entgegengenommen hat.

Oberstleutnant Takahashi wird weitere Besprechungen mit den verantwortlichen chinesischen Behörden anbahnen, um diese Probleme endlich beizulegen.

Dr' H.H. Kung über die internationale Anleihe

Shanghai, den 16. März (Reuter). Dr. H.H. Kung äusserte einem Vertreter der Shanghai Evening Post & Mercury gegenüber, dass die vorgeschlagene internationale Anleihe noch zur Diskussion stände. Die Wurzel der Schwierigkeit läge in der Frage, wie die verschiedenen Regierungen die chinesischen Anleihepapiere auf ihren Märkten in Umlauf bringen könnten. Dafür sei eine technische Lösung noch nicht gefunden.

Der Minister äusserte den Glauben, dass internationale Cooperation in finanzieller Unterstützung Chinas möglich sei. Er sagte, dass die Mächte wissen müssten, dass wenn irgend etwas China zustösse als Resultat seiner finanziellen Schwierigkeiten, alle anderen Mächte davon gleichfalls ungunstig berührt würden.

Italienische Bahnbauer nach Iran

Mailand, den 15. März (Transocean C.N.) Der italienische Ingenieur Schwartz verlies heute Genua per Dampfer nach Iran. Er ist der Leiter einer Gruppe italienischer Techniker und Arbeiter, welche von einer italienischen Firma nach Iran entsandt wird zur Ausführung eines Eisenbahnbaus, den die Firma mit der iranischen Regierung kontrahiert hat. Die Gruppe wird den Dampfer in Beirut verlassen und über Land via Bagdad nach ihrem Bestimmungsort weiterreisen.

(Fortsetzung der Telegramme Seite 2)

Skandalblätter verboten

Falsch verstandene Pressefreiheit

Berlin, den 15. März (Transocean C.N.) Auf unbestimmte Zeit wurden eine Reihe Berliner Zeitungen, u.a. „die Berliner Filmwelt“, die „Wahrheit“, die „Bunte Modenschau“ die „Deutsche Wochenschau“ und die „Germania“, auf Antrag des Reichspropagandaministers durch die Geheime Staatspolizei verboten. Die verbotenen Zeitungen hatten sich der Zersetzung der Volksmoral durch Verbreitung von Klatschsucht und übelster Sensationshascherei schuldig gemacht. Durch ihre Schädlichkeit für die deutsche Volksgemeinschaft war ihre weitere Existenz im neuen Staate nicht mehr tragbar. Damit verschwinden wohl für immer einige der übelsten Skandalblätter, welche trotz ernster Warnungen ihren Stil und Inhalt nicht änderten und Pressefreiheit mit Skandalfreiheit verwechselten.

Gesetz über Vermögensverwaltung in den evangelischen Landeskirchen

Berlin, den 15. März (Transocean C.N.) Das preussische Staatsministerium beschloss ein Gesetz über die Vermögensverwaltung in den evangelischen